

# Kritik an der Selbstherrlichkeit „der Macher“

Das Breitbandkabel – Stichwort für mindestens 30 neue, wenn auch in weiter Ferne liegende Programme von Funk und Fernsehen – fasziniert die politischen Parteien und läßt sie zum großen Streit rüsten. Dies wurde bei den 7. Bitburger Gesprächen während der vergangenen Tage deutlich. Die CDU sieht darin die technische Möglichkeit, der freien Meinungsäußerung weiteren Raum zu lassen. Sie denkt daran, „gesellschaftlich bedeutsamen Gruppen“ den Zugang zu diesem Medium zu eröffnen, und sie denkt dabei sicherlich auch ein bißchen an sich selbst. Solange keine Frequenzen da waren, mochte das Monopol der Anstalten begründet sein. Jetzt scheint dies auch Verfassungsrechtlern nicht mehr haltbar.

SPD und FDP fürchten, daß private Rundfunkanstalten mit einem attraktiven, aber geringerwertigen Programm das Rundfunk- und Fernsehniveau allgemein senken. Sie wollen deshalb an der öffentlich-rechtlichen Konstruktion festhalten. Lästende Zungen meinten in Bitburg, die Sozial-Liberalen hätten guten Grund, am jetzigen System zu hängen. Ihr Einfluß in den Anstalten sei überall groß. Bei den Bitburger Gesprächen, die vom rheinland-pfälzischen Justizminister Otto Theisen vor wenigen Jahren ins Leben gerufen wurden, um Grundsatzfragen des Rechts zu diskutieren, prallten die Meinungen hart aufeinander. Wie sich zusätzliche Programme unter Beteiligung privater Träger letztlich auswirken könnten, wagte allerdings niemand vorauszusagen.

Was Verfassungsrichter und Unionspolitiker dennoch zu einer Öffnung des Rundfunks für Private drängt, wurde nur zu deutlich: Unmut über die Unausgewogenheit der Programme, Kritik an der Selbstherrlichkeit der „Macher“, Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der gewählten Gremien. Rundfunkredakteure wurden eindringlich an ihre „Treuhandfunktion“ erinnert, die in öffentlich rechtlichen Anstalten das Äußern subjektiver Meinungen untersagt. Rundfunkräte wurden ermahnt, ihre kontrollierende und korrigierende Aufgabe besser zu erfüllen. Ein Referent meinte sogar, ihre Mitglieder müßten hauptamtlich tätig werden.

Mit Genugtuung haben die 75 Teilnehmer der Tagung die Selbstkritik zur Kenntnis genommen, der sich sowohl Männer der Rundfunkpraxis als auch Politiker unterzogen. Der Programmdirektor des ZDF, Dieter Stolte, nannte die Sorge berechtigt, daß sich im Fernsehen eine vierte Gewalt etabliere. Es fehlte den Journalisten der öffentlich-rechtlichen Anstalten häufig am rechten Selbstverständnis, meinte er. Er empfahl den Redakteuren mehr Demut, das Bewußtsein ihrer Treuhandfunktion und eine Verbesserung des publizistischen Angebots.

Staatssekretär Peter Glotz (SPD) riet den Parteien, die eigene eingeschlossen, ihren Einfluß auf die Medien zurückzunehmen. Für die im Bereich der Personalpolitik der Anstalten beklagte „Verkrustung“ machte er eine „fragwürdige gewerkschaftliche Politik“ mitverantwortlich. Gerhart-Rudolf Baum (FDP) sprach von einem „zutiefst gestörten Verhältnis von Parteien und Verbänden zur Rundfunkfreiheit“. Prof. Dr. Hans Klein (CDU) stellte ironisch fest, daß seine Partei in den Anstalten jetzt personalpolitisch nachzuholen suche, was die SPD ihr vorgemacht habe.

Von wissenschaftlicher Seite kam ein Vorschlag zur Abhilfe, der allerdings kaum Aussicht auf Realisierung haben dürfte: Prof. Dr. Fritz Ossenbühl meinte, der grundgesetzlichen Rundfunkfreiheitskonzeption würde es am besten gerecht werden, wenn verfassungsgerecht zusammengesetzte Rundfunkkräfte das Programm selbst initiieren und gestalten würden. Der Intendant des Westdeutschen Rundfunks, Friedrich-Wilhelm Freiherr von Sell, meinte, nur durch Sicherung des bestehenden Rundfunksystems und selbstbewußte Wahrnehmung der den Organen und deren Mitgliedern zugewiesenen Aufgaben und Funktionen könne der Bürger am besten vor einseitiger Meinungsvermittlung geschützt werden.

KARL HEINZ HOCK, Badische Neueste Nachrichten – 18. Januar 1977

Der Beitrag erschien auch in Stuttgarter Nachrichten, Rhein-Zeitung, Koblenz, und Die Rheinpfalz, Ludwigshafen.